

Inklusion als Familienangelegenheit?

Bedeutung von Caring Communities

Barbara Thiessen

1 Einleitung

Familien obliegt nach dem Subsidiaritätsprinzip in Deutschland die Pflege und Versorgung von Angehörigen – im Falle einer Behinderung¹, chronischen Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit ist Inklusion damit zunächst und in erster Linie eine Familienangelegenheit. Unter ›Familie‹ wird eine »auf Verbindlichkeit angelegte Sorgebeziehung zwischen Generationen in privaten Kontexten« (Jurczyk & Thiessen, 2020, S. 123) verstanden. Diese Kurzformel bündelt alle Formen familialen Zusammenlebens, wenn folgende drei Kriterien erfüllt sind: auf Dauer angelegt, intergenerational, care-orientiert. Dabei sind sowohl parentale und filiale als auch auf Partnerschaft gerichtete Care-Beziehungen angesprochen. Dagegen stellen weder das Zusammenleben in einem Haushalt noch romantische Liebesbeziehungen oder sexuelle sowie geschlechtliche Positionierungen hinreichende oder bedeutsame Kriterien für ›Familie‹ dar. Mit dem Begriff ›Care‹ (Brückner, 2011) werden unverzichtbare Tätigkeiten wie Erziehung, Betreuung, Versorgung und Pflege gefasst, die informell und unbezahlt in Familien und sozialem Nahraum sowie formal geregelt und bezahlt ambulant oder in sozialen und pflegerischen Einrichtungen erbracht werden.

Die in (West-)Deutschland auffällige Priorisierung familialer Zuständigkeit für Care-Belange (Pfau-Effinger, 2005) basiert auf der westdeutschen Schlussfolgerung aus dem Nationalsozialismus, der den privaten Lebenszusammenhang dem öffentlichen Zugriff preisgab. Familien wurden daher grundgesetzlich weitgehende

1 Behinderung im Sinne des SGB IX: »Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.«

Gründungs- und Gestaltungsfreiheit zugeschrieben (Gerlach, 2004) – solange diese mehrheitsgesellschaftlichen Leitbildern folgen. Entsprechend dem konservativen Profil des (zunächst west-)deutschen Wohlfahrtsregimes besteht nach wie vor das Primat informeller Pflege vor institutionellen Betreuungsarrangements. Trotz Empfehlung des Zweiten Gleichstellungsberichtes nach »familienfreundlichen gemischten Betreuungsarrangements« mithin einer Abkehr vom Prinzip ambulant vor stationär nach dem Vorbild skandinavischer Wohlfahrtsstaaten (Sachverständigenkommission, 2017, S. 166) wurde dies bereits von der Bundesregierung in der Stellungnahme zum Sachverständigenvotum abgelehnt (BMFSFJ, 2017, S. 21).

Gleichwohl wird die care-bezogene Zuständigkeit zwischen den Generationen – dank dem Sozialstaatsprinzip – neben der prioritären Familienzuständigkeit strukturell gerahmt, politisch über Mittel aus Steueraufkommen gestaltet und als ein »über Sozialversicherungen und Beiträge gesteuerter technischer Zusammenhalt konzipiert« (Kunstmann, 2022, S. 387). In diesem Sinne ist Familie nicht ausschließlich ein privater Lebenszusammenhang, sondern unterliegt auch öffentlicher Verantwortung. Entsprechend bestehen differenziert – je nach Care-Anliegen – ausformulierte Rechte auf staatliche Unterstützung, die zugleich politischen Wertentscheidungen unterliegen. Übersehen bleibt in der binären Perspektive zwischen Familie und Staat der Raum nachbarschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Unterstützung. Unter dem Stichwort »Caring Communities« (Thiessen, 2015a; Sempach, Steinebach & Zängl, 2023) sind in den letzten Jahren bemerkenswerte Unterstützungsnetze entstanden, die auf bestehenden Strukturen wie etwa Kirchengemeinden oder sozialräumlichen Kiezstrukturen aufbauend modellhaft erprobt und kommunal gefördert wurden, jedoch bislang systematisch unterbelichtet geblieben sind.

Wie ist es nun um die Balance zwischen privater und öffentlicher Verantwortung im Falle besonderer Care-Bedarfe in familialen Lebensgemeinschaften bestellt, die durch Beeinträchtigungen, chronische Erkrankungen und vielfältige Pflegebedarfe gegeben sind? Und in welcher Weise könnten hier Caring Communities stärker Berücksichtigung finden? In Folge der UN-BRK sind Strukturen zur Verfügung zu stellen, die sowohl die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördern als auch die Überlastung von Betreuenden vorbauen sollen, und zwar unabhängig davon, in welcher Generation Familienmitglieder von Beeinträchtigungen, chronischen Erkrankungen und Pflegebedarfen betroffen sind (UN-BRK, Art. 23). Zudem haben Menschen mit Behinderungen das Recht auf die Gründung einer eigenen Familie – inklusive der dafür erforderlichen Assistenz (ebd.; vgl. auch Seifert, 2022, S. 405).

Im Folgenden soll die Bedeutung, aber auch mögliche Überforderung sorgender und inklusiver familialer und nachbarschaftlicher Gemeinschaften ausgelotet werden. Hierzu werden im ersten Schritt zunächst Eckdaten zum Familienleben skizziert und dabei Differenzverhältnisse einbezogen. Zweitens ist nach der Aufteilung von Care-Arbeit in Familien zu fragen, wobei Familien mit besonderen Care-

Bedarfen in den Blick zu nehmen sind. Drittens werden Konzepte und Perspektiven von Caring Communities vorgestellt. Abschließend sollen strukturelle Voraussetzungen im Hinblick auf zukünftige Gestaltungsperspektiven sowie politische Positionen und Szenarien zum inklusiven Familienleben diskutiert werden.

2 Intensivierung und Prekarisierung: Trends im Familienleben vor dem Hintergrund von Differenzerfahrungen

Der soziale Wandel von der Industriemoderne zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft (Baethge, 2001) hat nicht nur Erwerbsarbeitsverhältnisse flexibilisiert, intensiviert und pluralisiert sowie individuellere Lebensverläufe und geschlechtliche Gleichstellungsprozesse ermöglicht, sondern auch soziale Spaltungsdynamiken verschärft (Szydlík, 2007). Die »modernisierte Moderne« (Beck & Bonß, 2001) führte seit dem Ende des 20. Jahrhunderts in der westlichen Welt zu einer Pluralisierung kultureller Orientierungen und Lebensformen, während Traditionen an Plausibilität verloren haben. Der unstrittige und begrüßenswerte Zugewinn an individueller Freiheit – insbesondere für Kinder und Frauen – wird nach Baumann (1995) bezahlt mit einem Zuwachs an Ambivalenzerfahrungen, die vor dem Hintergrund des Verlustes der Bindungskraft traditioneller Institutionen von allen je individuell zu tragen und biographisch zu gestalten sind. Der Begriff der »Biographizität« verweist darauf, dass das individuelle biographische Gestaltungspotenzial zugleich sozial eingebunden ist (Alheit & Dausien, 2000). Ambivalenz als Quelle von Veränderung ist die postmoderne Herausforderung. Zugehörigkeiten werden nicht länger über Schicksal, Stand oder Klasse begründet, sondern dürfen und müssen stets neu selbst konstituiert werden (Baumann, 1995, S. 93). Diese scheinbar unendliche Optionalität führt laut Evers (2019) zu einer »Furcht vor Gebundenheit und Festlegung« und argumentiert weiter: »[...] der Drang, Zeit in Episoden zu fragmentieren, oder das Erleben der Folgenlosigkeit von Interaktionen kennzeichnen Lebenserfahrungen – und wirken sich auf Lebensformen aus« (Evers, 2019, S. 183). Diese ange deuteten Auswirkungen auf familiäre Vergemeinschaftung sollen hier – knapp zu Trends verdichtet – skizziert werden.

Vielfältigere Familienformen vor dem Hintergrund regionenspezifischer Differenz: Die Familiengründung wird im Lebenslauf immer weiter hinausgeschoben: Das Durchschnittsalter der Erstgebärenden lag in Deutschland 2022 bei 30,4 Jahren (BMFSFJ, 2024, S. 60). Eine Ehe ist nicht mehr Voraussetzung, eher Folge gemeinsamer Kinder. Hier zeigen sich zudem deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Im Osten haben 55 Prozent der Neugeborenen eine nichtverheiratete Mutter, im Westen sind es 29 Prozent (ebd.). Es sind v.a. untere Bildungsschichten, in denen nichteheliche Geburten signifikant häufiger sind und mit Armutsrisiken für Mütter (und Kinder) einhergehen. Die Vielfalt an Familienformen nimmt

gegenüber den 1960er bis 1980er deutlich zu, gleichwohl wachsen knapp 72 Prozent aller Kinder bei ihren verheirateten Eltern auf (ebd., S. 74). Allerdings zeigt sich auch hier eine signifikante Differenz nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern. Während in Westdeutschland drei von vier Kindern bei miteinander verheirateten Eltern leben, ist es in Ostdeutschland gerade noch jedes zweite Kind (ebd., S. 75). Familienformen wie Ein-Eltern-Familien, Stief- und Patchworkfamilien legen stetig zu (ebd., S. 74). Mit der steigenden Bedeutung von Wechselmodellen, bei denen Kinder nach Trennung der Eltern hälftig bei beiden Elternteilen leben, verwischen zudem die Grenzen zwischen Alleinerziehenden- und ›Living-apart-together‹-Familien. Ablesen lässt sich daran ein erhöhtes Engagement von Vätern. Ein weiterer Aspekt von Pluralität im Familienleben eröffnet sich mit Blick auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Mit der erst 2017 legalisierten Öffnung der Ehe ›für alle‹ stieg die Anzahl gleichgeschlechtlicher Paare mit Kindern. In Deutschland lebten 2023 36.000 gleichgeschlechtliche Paare mit einem oder mehreren Kindern (ebd., S. 48) zusammen.

Wachsende Ressourcenunterschiede zwischen Familien – mit Blick auf geschlechterbezogene Signifikanz: Kinder und junge Erwachsene haben mit knapp über 20 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote (BMFSFJ, 2021, S. 446). Die Armutsrisiken betreffen Kinder aus Ein-Elternkonstellationen ebenso wie aus kinderreichen Familien. Für Deutschland ist im europäischen Vergleich der Zusammenhang von Bildungsgrad der Eltern und bei Armutsrisiken von Kindern besonders bedeutsam (ebd., S. 449). Zudem stellt das konservative Familien- und Mutterleitbild, das auf den väterlichen Familienernährer setzt, eine Armutsfalle für Mütter und Kinder dar. Bei Trennung, Scheidung, Verwitwung oder im Krankheitsfall steht dann zunächst kein existenzsicherndes Einkommen zur Verfügung. Haben nichterwerbstätige Alleinerziehende – und dies betrifft ganz überwiegend Frauen – ein Armutsrisiko von 60 Prozent, sinkt dieses durch Erwerbsarbeit auf 20 Prozent (ebd., S. 449). Soziale Disparität zeigt sich zudem beim Thema Wohnen. Ein für gedeihliches Aufwachsen benötigtes Wohnumfeld, das gesunde Luft, geringe Verkehrsbelastung sowie hohen Anregungs- und Erfahrungsgehalt bietet, ist in benachteiligten Quartieren zumeist nicht gegeben. Die Wohnsituation in urbanen Räumen gilt als drängende soziale Frage des frühen 21. Jahrhunderts (Kronauer, 2022).

Zunehmende Heterogenität in der Migrationsgesellschaft: Auch in kultureller Hinsicht muss das Bild der »Normalfamilie« relativiert werden: Der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund, bei denen mindestens ein Elternteil ausländische Wurzeln hat, liegt derzeit in Deutschland bei 43 Prozent (BMFSFJ, 2024, S. 40). Jedes zweite Kind stammt aus einer Familie mit Migrationsgeschichte. Drei Viertel der Migrationsfamilien haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Familien stammen zu 37 Prozent aus einem Land der EU, 34 Prozent aus einem weiteren europäischen Land und 25 Prozent aus einem asiatischen Land (BMFSFJ, 2021, S. 129). Migrati-

onsfamilien zeichnen sich durch ebenso heterogene Lebenslagen wie einheimische Familien aus. Unterschiede zeigen sich besonders zwischen den Einwanderungsgenerationen. Von besonderer Bedeutung für Einstellungen, Wertemuster und Erziehungsstile sind jedoch Bildungszugänge und soziale Milieuzugehörigkeiten, die – anders als die derzeitige öffentliche Diskussion impliziert – herkunftsbezogene, kulturalisierende Faktoren überlagern (Fuhrer & Uslucan, 2005; Thiessen, 2020; Boos-Nünning, 2022). Nach wie vor erleben Eltern und Kinder mit Migrationsgeschichte Ausgrenzung und Alltagsrassismus: Empirische Studien belegen ihre Belastungen und geringeres Wohlbefinden im Schulkontext durch Othering-Prozesse und (Mikro-)Rassismen (Kollender, 2020). Bedeutsam sind zudem patriarchale Geschlechtermuster und ›ehr‹-basierte Konflikte in Familien ebenso wie zugeschriebene Geschlechterklischees gegenüber migrantisierten Familien (Tunç, 2010).

›Erwärmung‹ des Familienklimas – aber anhaltende Gewalt insbesondere gegenüber Frauen und Mädchen: Familienbeziehungen haben sich seit den 1970er Jahren erheblich verbessert. In Notsituationen stehen Familien überwiegend an erster Stelle. Insgesamt ist der Umgang innerhalb und zwischen den Generationen partnerschaftlicher und wertschätzender geworden. Allerdings ist das Familienleben in unteren sozialen Schichten mehr belastet, hier gibt es signifikant weniger Wertschätzung und Mitbestimmung, beides wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung von Selbstwirksamkeitsüberzeugung und Lernbereitschaft (Hauemann, 2010). Die KiGGS-Studie zeigt, dass Eltern zu 96 Prozent die Gesundheit ihrer Kinder im Alter von 3 bis 17 Jahren als sehr gut oder gut einschätzen (Poethko-Müller, Kuntz, Lampert & Neuhauser, 2018, S. 10). Es zeigen sich jedoch im Hinblick auf soziale Lage und Geschlecht der Kinder schlechtere Werte (signifikant betrifft dies Mädchen ab 13 Jahren) (ebd.). Trotz der positiven Befunde zum Familienklima, einem überwiegend gesunden Aufwachsen von Kindern und Zusammenhalt der Generationen bleibt Gewalt in Familien ein gravierendes Problem. Für Kinder, Jugendliche, Frauen und Senior:innen ist Familie immer noch der Ort, an dem sie das höchste Risiko von Gewalterleben haben (Sutterlüty, 2022, S. 708). Ursachen für das familiäre Gewaltgeschehen sind Machtdysbalancen zwischen Eltern und Kindern, zwischen Männern und Frauen, überfordernde Care-Situationen sowie ein Mangel an Kommunikations-, Konfliktlöse- und Erziehungsfähigkeiten.

Bildungswelt Familie: Gestiegene Erwartungen insbesondere an Mütter: Die hohen beruflichen Qualifikationsanforderungen in der Wissensgesellschaft zeigen sich bereits an veränderten Erwartungen an Familien: Kinder sollen nicht nur aufwachsen, sondern zu kompetenten »Lernsubjekten« erzogen werden, wie die Begrifflichkeit vom »kompetenten Säugling« zeigt (Lutz, 2016). Es sind v.a. die Mütter, die als »Bildungscoaches« adressiert werden (Lange & Thiessen, 2017). Dies war zuletzt während der Schulschließungen in der Corona-Pandemie unübersehbar: Fraglos wur-

de beim home-schooling auf Mütter gesetzt (Ahrens, Buschmeyer & Zerle-Elsässer, 2022).

Zusammenfassend zeigen diese Trends zu Familie im Kontext von Differenzverhältnissen, dass pauschale Diagnosen, gar larmoyante Zuschreibungen vom »Niedergang der Familie« (kritisch dazu: Hansbauer, 2006; Thiessen, 2015b), nicht angemessen sind, um die komplexen Veränderungen erfassen und verstehen zu können. Ist einerseits mit Blick auf die Datenlage trotz aller belegbarer Diversifizierungen im Familienalltag eine anhaltende Persistenz verheirateter heterosexueller Familienkonstellationen samt einem nur wenig modifizierten Ernährermodell insbesondere in Westdeutschland zu konstatieren, so zeigen Untersuchungen zu Einstellungen, Familien- und Partnerschaftsleitbildern und Erziehungsstilen deutliche Veränderungen im Laufe der letzten Dekaden. Sichtbar wird, wie veränderte Anforderungen der Wissensgesellschaft die alltägliche und biographische Gestaltung des Familienlebens tangieren. Zudem deutet sich ein nicht zu unterschätzendes Konfliktfeld an, das jedoch weitgehend individualisiert und im Privaten verortet ist. Bereits Baumann konstatiert: »Die postmoderne Gesellschaft hat sich als eine nahezu perfekte Übersetzungsmaschine erwiesen – eine, die jede bestehende und zukünftige soziale [Hervorhebung i.O.] Streitfrage als *private* Sorge interpretiert« (Baumann, 1995, S. 318). Zwar hat Baumann hier vermutlich nicht an den Geschlechterkonflikt im familialen Zusammenleben gedacht, die systematische Analyse trifft jedoch auch hier zu. Daran anknüpfend hat Wetterer (2005) die rein »rhetorische Modernisierung« im Geschlechterverhältnis auf den Punkt gebracht wie das ebenfalls zum Bonmot gewordene Beck'sche Zitat von der »verbalen Aufgeschlossenheit, bei weitgehender Verhaltensstarre« (Beck, 1986, S. 169), die das Verbleiben von Care-Verantwortlichen in einer privatisierten »modernen Feudalexistenz« (ebd., S. 180) charakterisiert.

3 Außen modern – innen feudal? Aufteilung von Care-Arbeit in Familien mit Blick auf Familien mit besonderen Care-Bedarfen

Wie ist dieser der Postmoderne eingeschriebene Konflikt zu verstehen und wie verschärft er sich unter besonderen Care-Belastungen? Partnerschaftlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit gehören mittlerweile zum weit verbreiteten Leitbild moderner, heterosexueller Beziehungen (Thiessen, 2017). Ebenso wird aktive Vaterschaft von der Mehrheit junger Männer angestrebt (Possinger, 2013). Umfangreiche Studien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Boll, 2017) belegen jedoch den »Traditionalisierungseffekt« mit Geburt des ersten Kindes (Grunow, Schulz & Blossfeld, 2007). Der aktuell gemessene Gender Care Cap von 44,3 Prozent bedeutet konkret, dass Frauen pro Tag eineinhalb Stunden mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer (Destatis, 2024, S. 5). Zwar lassen sich in qualitativen Studien durchaus egalitäre Geschlechterbeziehungen rekonstruieren (Flaake, 2014), die auch auf veränderte

Männlichkeitsmuster verweisen (Lengersdorf & Meuser, 2022). Dieser Wandel zeigt sich jedoch v.a. auf Ebene der Einstellungen sowie einem stärkeren Engagement von Vätern bei der Kinderbetreuung (Zerle-Elsäßer & Li, 2017). Hausarbeit, organisatorische Familienarbeit (›mental load‹) und Angehörigenpflege erweisen sich weiterhin beharrlich als weibliche Domäne (Peltz, Streckenbach, Müller, Possinger & Thiessen, 2017). Vor dem Hintergrund einer gestiegenen Erwerbsarbeit von Müttern und weiterhin starren Kontextstrukturen, dem ›structural lag‹ (Riley & Riley, 1994), resultieren insbesondere für Mütter erhöhte Zeitkonflikte in der alltäglichen Vereinbarung von Familien- und Berufsarbeit (König, 2012). Der ›Gender-Care-Gap‹ in Familien hat sich zudem in der COVID-19-Pandemie signifikant verstärkt (Zucco & Lott, 2021). Die ungleiche Arbeitsteilung im Haushalt ist ein zumeist unterschätzter psychischer Belastungsfaktor für Mütter in Paarfamilien, insbesondere wenn sie den ursprünglichen Vorstellungen partnerschaftlicher Aufgabenteilung widerspricht (Sperlich, Arnhold-Kerri & Geyer, 2011, S. 739).

Ein weiterer Traditionalisierungsschub erfolgt mit dem Aufkommen von Pflegebedarfen in Familien: Drei von vier Hauptpflegepersonen sind weiblich (Kunstmann, 2022, S. 387). Sie versorgen rund 70 Prozent aller pflegebedürftigen Personen (ebd.). Dies ist ein häufig unterschätzter und ähnlich erheblicher Einschnitt in die Biografie der Hauptpflegeperson, wenn bedacht wird, dass eine häusliche Pflege pro Woche 49 Stunden umfasst und im Schnitt sieben Jahre andauert (Schwinger & Zok, 2024, S. 4).

In öffentlichen Debatten um Care-Arbeitsteilung im Privaten bleiben Familien, die Kinder mit Beeinträchtigungen haben, oder Familien mit Eltern, die von Beeinträchtigungen oder chronischen Erkrankungen betroffen sind, weitgehend außen vor. Zudem ist die Datenlage dürrig, da entweder Kinder oder Eltern mit Beeinträchtigungen bzw. chronischen Erkrankungen erfasst werden. Dabei wird Angehörigenpflege im Alter nicht mitberücksichtigt, sondern findet sich in weiteren Statistiken. Unbekannt sind daher Mehrfachbelastungen. Eine qualitative Studie konnte zeigen, dass in vier von zehn Fällen bei Kindern mit Beeinträchtigungen auch die Eltern eine oder mehrere Beeinträchtigungen haben (Liljeberg & Magdanz, 2022, S. 15). Vor dem Hintergrund der skizzierten geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung wundert es nicht, dass die Betreuung von Kindern mit Behinderung in erster Linie als Aufgabe von Müttern adressiert wird. Belegt ist die weit überdurchschnittliche Stressbelastung von Müttern mit Kind(ern) mit Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung (Sarimski, 2010; Walter, 2020), die sich auch in einer überdurchschnittlich hohen Scheidungsziffer niederschlägt. Zugleich zeigen Studien auch, dass die selbstverständliche Adressierung von Müttern auch mit einer Unterschätzung väterlicher Care-Kompetenzen einhergeht (Behringer, Gmür, Hackenschmied & Wilms, 2019).

Zudem sind intersektionale Ausschärfungen zu beachten: Familien in Armutslagen und sozialer Benachteiligung werden von Unterstützungsangeboten für El-

tern mit Kindern mit Behinderung kaum erreicht und verfügen zudem über geringere Kompetenzen im Umgang mit bürokratischen Anforderungen, deren Bewältigung Zugang zu Entlastung bedeuten könnte (Seifert, 2014). Ebenso verweist Amirpur (2016) in ihrer Studie zur Inanspruchnahme von Hilfen durch Familien mit Migrationsgeschichte und Kindern mit Beeinträchtigung, dass die vergleichsweise geringe Nutzung unterstützender Angebote nicht in erster Linie der ethnischen Zugehörigkeit der Familien zuzuschreiben ist. Tatsächlich kann Amirpur zeigen, dass Bildungshintergrund und sozioökonomische Lage in Wechselwirkung mit rassifizierenden und diskriminierenden Strukturen bei Behörden und Einrichtungen ursächlich dafür sind.

Resümierend zeigt sich: Wenn traditionelle Geschlechterverhältnisse, soziale Schief lagen und diskriminierende Ausgrenzungen auf unzureichende Unterstützungsstrukturen treffen, werden Care-Aufgaben individualisiert und privatisiert – kurzum menschliche Kontingenzerfahrung wird als persönliches ›Schicksal‹ naturalisiert statt zur sozialen Angelegenheit. Besonders perfide ist hier, wenn Mütter von behinderten Kindern angesichts der scheinbar einfachen Optionen pränataler Diagnostik zunehmend unter Rechtfertigungsdruck geraten. »Behinderung erscheint nicht mehr unabwendbar, sondern ›selbst verschuldet‹« (Seifert, 2022, S. 407). Dieser Befund ist angesichts des seit über zwanzig Jahren geltenden internationalen Übereinkommens zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) mehr als eine Widerwärtigkeit für Betroffene und ihre ›care-giver‹. Es wird noch darauf zurückzukommen sein.

4 Hinter der Familie geht's weiter: Perspektiven von Caring Communities

Zu den massiven strukturellen Versäumnissen und mangelnden institutionellen Angeboten sowie dem überbordenden bürokratischen Aufwand, um Hilfe zu erhalten, kommt die von Liljeberg und Magdanz (2022) empirisch rekonstruierte soziale Ausgrenzungserfahrung (vgl. auch Rahab, 2018). Inklusion ist demnach immer noch keine gesellschaftliche Charakterisierung und Aufgabe aller, sondern individualisierte Angelegenheit des ›Inklusionskinds‹ [sic!] und seiner Angehörigen. Es fehlen Konzepte und der Wille, »Inklusion tatsächlich zu leben« (Liljeberg & Magdanz, 2022, S. 15–16). Vor dem Hintergrund erlebter sozialer Ausgrenzung sind bereits vor 60 Jahren Elternverbände wie ›Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung‹ und ›Spastikerhilfe für körper- und mehrfachbehinderte Menschen‹ entstanden (Seifert, 2022, S. 408).

Deutlich zeigen diese Befunde, dass es für eine inklusive Gesellschaft neben engagierten Familien und verbesserten Infrastrukturen neue Formen gemeinschaftlicher Einbindung und Unterstützung braucht. Mit der Perspektive einer Caring Community (Klie, 2014; Thiessen, 2015a) können auch jenseits familialer

Verpflichtungen verbindliche Care-Beziehungen auf Zeit und in konkreten Sozialräumen gestaltet werden. Ziel ist es, Nachbarschaften zu stärken, ohne traditionelle Geschlechtermuster zu reifizieren. Zugleich soll eine weitere Kommodifizierung und Profitorientierung von Care gebremst werden, ohne neue Ausbeutungsverhältnisse und Überforderung durch Freiwilligenarbeit zu schaffen (Wegleitner, 2020). Ziel von Caring Communities ist es, Care als gemeinsame Aufgabe und Verantwortung von Fachkräften, Angehörigen und Freiwilligen zu verstehen (Schablon, 2016; Fleischer, Kröll & Meindlhumer, 2021). In Deutschland existieren bereits regionale Modelle für eine Neuverteilung von Care-Arbeit ausgehend von Mehr-Generationen-Häusern, Familienbildungsstätten oder Kirchengemeinden, wo Unterstützung und Sorgearbeit jenseits von Familien, etwa mittels eines Punktesystems, übernommen wird. Diese Angebote werden quer zu Ressortzuständigkeiten entwickelt, wie dies in einigen Kommunen bereits mit beachtlichem Erfolg projiziert wird. Beispiele dafür sind Altenwohnanlagen mit angrenzenden Studierendenwohnheimen, wo Studierende gegen Mietnachlass regelmäßige Betreuungsdienste übernehmen. In Familien- und Stadtteilzentren kann neben einem Generationentreff mit Café und Mittagstisch auch ein haushaltsnahes Dienstleistungsangebot angeschlossen sein. Wenn hochqualifizierte Alleinstehende ohne aktuelle Familienverantwortung wöchentlich eine Jugendgruppe für ›school drop outs‹ organisieren mit dem Ziel, die Jugendlichen bis zum Hauptschulabschluss zu begleiten und dieses Engagement vom Arbeitgeber als Sozialkompetenztraining gefördert wird, entstehen fürsorgliche Strukturen auch jenseits verwandtschaftlicher Netze und v.a. jenseits traditioneller Geschlechterverhältnisse. In der Schweiz ist es seit 2017 mit Stiftungsmitteln aus der Privatwirtschaft sowie Kooperation kommunaler, kirchlicher und freier Träger gelungen, ein schweizweites »Netzwerk Caring Communities« aufzubauen (Netzwerk Caring Communities, 2022). In Graz, Österreich, ist 2023 das Projekt ›Inklusive Caring Communities‹ gestartet, das ausgehend von Projekten der Lebenshilfe sozialräumliche Vernetzung und inklusive, partizipative Beteiligung vor Ort initiiert.

Das Konzept der Caring Communities eignet sich nicht als Sparmaßnahme und Entlastung kostenintensiver professioneller Dienste. Die vorliegenden Evaluationen verweisen auf die Bedeutung professioneller Organisation, um für Freiwillige zeitlich begrenzte Einsätze zu ermöglichen, ohne dass ›care receiver‹ Einbußen bei Kontinuität und Zuverlässigkeit haben (Kaspar, Pelzlmayer, Schürch, Bäumer, Ertl, Gashi, Müller, Sereflioglu & Von Holten, 2021). Bedeutsam sind ebenso partizipative und differenzsensible Konzepte, die einladend und inklusiv von allen Beteiligten erlebt werden (Schablon, 2016). Angeknüpft werden kann hier an theoretische Konzepte der Lebensführung in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit (Röh, 2013) und sozialraumorientierten Ansätzen in Sozialer Arbeit (Kessl & Reutlinger, 2009) sowie des Community Organizing (Fischer, Heidmeier & Stock, 2019), die für Caring Community-Modelle fruchtbar gemacht werden können.

5 Inklusives und geschlechtergerechtes Familienleben. Bedeutung politischer Rahmung

Angesichts aktueller multipler Krisen, die sowohl Fragen nach den Lebensgrundlagen, der ökonomischen Sicherheit und Ausstattung öffentlicher Haushalte sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufwerfen, besteht die Gefahr, dass private Lebenszusammenhänge weiter belastet werden. Bereits 2011 hat die OECD angesichts familialer Belastungen einen Bericht zu Szenarien künftiger familienpolitischer Entwicklungen verfasst. Ausgangspunkt waren die bereits im ersten Teil dieses Beitrags aufgeführten Trends in Familien, insbesondere der Anstieg von Ein-Elternfamilien vor dem Hintergrund steigender Armutsraten sowie der Sorge um fehlende familiäre Care-Kapazitäten. Konstatiert wird eine geringere »care capacity within the family network« (OECD, 2011, S. 18). Bemerkenswert sind die im Bericht aufgeführten Szenarien zur zukünftigen Entwicklung von Familien, die den OECD-Mitgliedern zur familienpolitischen Orientierung dienen sollte und die das Jahr 2030 projektieren. Mittlerweile ist dieser anvisierte Zeitraum nahezu vergangen und der Blick auf die 14 Jahre alten Szenarien ist frappierend. Sie sollen daher kurz ausgeführt werden. Den Berechnungen zugrunde gelegt wurden zwei zentrale Parameter, die in ein Achsenkreuz übertragen wurden: ökonomische Stabilität einerseits und die Übernahme humanwissenschaftlicher sowie technologischer Innovationen andererseits. Von den daraus entstandenen vier Quadranten werden zwei Kombinationen hier ausgeführt.

Das Szenario »Golden Age« sieht eine hohe ökonomische Stabilität bei gleichzeitig schneller Übernahme technologischer und wissenschaftlicher Innovationen vor. Dieses Szenario zeichnet aus: hohe Bildungsstandards für alle, volle Erwerbsarbeit für alle Erwachsenen bei familienfreundlichen Unternehmen, ausgebauter Sektor öffentlicher Dienstleistungen sowie Betreuungsangebote unter Nutzung technologischer Innovationen (wie etwa Pflegeroboter). Familienformen werden weiter vielfältiger bei zunehmender Geschlechtergleichstellung. Vorgestellt wird eine weiter ansteigende Selbstverantwortung für Gesundheit, Versorgung und Prävention (OECD, 2011, S. 31–32). Dagegen wird im Szenario »Back to Basics« durch geringe ökonomische Stabilität und eine verlangsamte Übernahme technischer Innovationen eine Wiederbelebung traditioneller Werte angenommen. Dieses aus Sicht der OECD »worst case scenario« würde eine gleichberechtigte Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt behindern, zu mehr Armut führen und die Geburtenraten weiter sinken lassen. Entsprechend wäre das öffentliche Angebot für Betreuung von Kindern und Älteren nur gering ausgebaut worden (ebd., S. 32–33). Wenn diese beiden Szenarien gegenübergestellt werden, zeichnen sich weitere Prognosen ab: Je nach Umfang des sozialstaatlichen Engagements werden eher marktwirtschaftlich orientierte oder allgemein zugängliche soziale Unterstützungen vorgestellt, die die

weitere Dynamik sozialer Ungleichheit inklusive Migrationsfragen (etwa für Pflegekräfte) bestimmen werden.

Bemerkenswert ist, dass sich die projizierten Szenarien 14 Jahre nach Erscheinen der Studie in den Entwicklungen der OECD-Staaten trotz aller unvorhersehbaren Krisen tatsächlich abbilden. In Ländern mit zunehmendem Autoritarismus, Abbau von Geschlechtergleichstellung und neoliberalen Rückbau sozialer Sicherung finden sich tatsächlich Anklänge des »back to basic«. Für Polen (Chołuj, 2015) und Ungarn (Wéber, 2022) liegen Untersuchungen der Transformationsprozesse zu einer illiberalen Rechtsform und geschlechterungleichen, familienideologisierenden Gesellschaft vor. Verarmung, Verschlechterung von reproduktiver Gesundheit für Frauen sowie Rückgang von Geburtenraten sind deutliche Folgen dieser Politiken (Chołuj, 2015; Wéber, 2022).

Umso besorgter müssen die familienpolitischen Positionierungen der Partei AfD stimmen (Kemper, 2014), die mittlerweile in vielen Landesverbänden als rechtsextremer Verdachtsfall geführt wird. Deutlich werden nicht nur reaktionäre Geschlechtermuster, sondern Fantasien differenz- und ambivalenzfreier Vergemeinschaftungen. Zudem werden inklusionsfeindliche Positionierungen deutlicher. Im Sommerinterview des MDR hatte der Thüringer Landtagsabgeordnete Björn Höcke (AfD) bereits 2023 formuliert, dass Inklusion ein »Ideologiekonstrukt« sei, von dem man das Bildungssystem »befreien« müsse. Diese Projekte brächten Schüler nicht weiter und machten sie nicht leistungsfähiger. Sie führten nicht dazu, »dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen« (Ärzteblatt, 2023).

6 Fazit: Bedeutung politischer Positionierungen für geschlechtergerechte Inklusion – auch im Kontext (kirchlicher) Wohlfahrtsorganisationen

Vielfältiges und selbstbestimmtes Familienleben, ausreichende und niedrigschwellig erreichbare institutionelle Unterstützung, geschlechtergerechte und inklusive Caring Communities in partizipativen Sozialräumen sind nicht die Folge, sondern die Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Prosperität. Diese Aspekte hängen zudem zusammen: Inklusion ohne Geschlechtergerechtigkeit und soziale Absicherung wird es nicht geben. Oder um hier nochmals auf Baumann zurückzugreifen: Statt postmodernem Nebensein und vormodernem Mitsein könnte das Fürsorge eine »konstruktive Umgangsweise mit der unvermeidlichen Ambivalenz« darstellen (Evers, 2019, S. 183). In diesem Sinne ist Care entscheidend für die individuelle Ambivalenzbewältigung, ebenso wie Sozialität Voraussetzung für Solidarität ist. Wenn Care jedoch das »new normal« im Lebenslauf werden soll, braucht es entsprechende zeit- und sozialpolitische Rahmungen (Jurczyk & Mückenberger, 2021). Die

OECD-Szenarien machen zugleich erschreckend deutlich, wie fragil diese Perspektiven sind. Hier deuten sich zukünftige Konfliktlagen an, die entschlossene Positionierungen erfordern – auch im diakonischen und kirchlichen Kontext.

Literatur

- Ahrens, R., Buschmeyer, A. & Zerle-Elsässer, C. (2022): Doing Family und Geschlecht in der Corona-Pandemie. Wie Eltern in Zeiten hoher Belastung für ihre Kinder sorgen. *Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung. Familie, Geschlecht und Erziehung in Zeiten der Krisen des 21. Jahrhunderts*. 18. Jg. (S. 73–86). Opladen: Barbara Budrich.
- Alheit, P. & Dausien, B. (2000). Die biographische Konstruktion der Wirklichkeit. Überlegungen zur Biographizität des Sozialen. In E. M. Hoerning (Hg.), *Biographische Sozialisation* (S. 257–283). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Amirpur, D. (2016). *Migrationsbedingt behindert? Familien im Hilfesystem. Eine intersektionale Perspektive*. Bielefeld: transcript.
- Ärzteblatt (2023). Sozialverbände kritisieren Höcke-Äußerungen zur Inklusion. URL: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/145550/Sozialverbaende-kritisieren-Hoecke-Aeusserungen-zur-Inklusion> [Zugriff: 31.08.2024].
- Baethge, M. (2001). Abschied vom Industrialismus. In Ders. & I. Wilkens (Hg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung* (S. 23–44). Opladen: Leske/Barbara Budrich.
- Bauman, Z. (1995). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Frankfurt: Fischer.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U. & Bonß, W. (2001). *Die Modernisierung der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Behringer, L., Gmür, W., Hackenschmied, G. & Wilms, D. (2019). *Väter an Bord. Arbeit mit Vätern von Kindern mit Behinderung*. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Boll, C. (2017). *Die Arbeitsteilung im Paar. Theorien, Wirkungszusammenhänge, Einflussfaktoren und exemplarische empirische Evidenz*. Expertise im Rahmen des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Berlin: ISS. https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/1368/2017_Boll_Arbeitsteilung%20im%20Paar.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Zugriff: 31.08.2024].
- Boos-Nünning, U. (2022). Erziehungsziele und -stile in Familie mit Migrationshintergrund. In A. Schierbaum & J. Ecarius (Hg.), *Handbuch Familie* (S. 213–232). Wiesbaden: Springer.
- Brückner, M. (2011): Zwischenmenschliche Interdependenz – Sich Sorgen als familiäre, soziale und staatliche Aufgabe. In K. Böllert & C. Heide (Hg.), *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik* (S. 105–122). Wiesbaden: Springer.

- BMFSFJ (2017). Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/116924/9b25bd1ea8079998274eadb97ccoe69d/zweiter-gleichstellungsbericht-stellungnahme-data.pdf> [Zugriff: 31.08.2024].
- BMFSFJ (2021). *Neunter Familienbericht. Eltern sein in Deutschland*. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/116924/9b25bd1ea8079998274eadb97ccoe69d/zweiter-gleichstellungsbericht-stellungnahme-data.pdf> [Zugriff: 31.08.2024].
- BMFSFJ (2024). Familienreport 2024. Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/239468/a09d21ecd295be59a9aced5b10d7c5b7/familienreport-2024-data.pdf> [Zugriff: 31.08.2024].
- Choluj, B. (2015). »Gender-Ideologie« – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus. In S. Hark & P.-I. Villa (Hg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 219–239). Bielefeld: transcript.
- Destatis (2024). Pressekonferenz »Zeitverwendungserhebung 2022« am 28. Februar 2024 in Berlin. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2024/zve2022/statement-zve.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 31.08.2024].
- Evers, R. (2019). Lob der Vielheit. Theologische Anmerkungen zur Vielfalt von Familienformen. In C. Küppers & E. Harasta (Hg.), *Familie von morgen. Neue Werte für die Familie(n)politik* (S. 179–190). Opladen: Barbara Budrich.
- Fischer, U., Heidmeier, K. & Stock, L. (2019). Community Organizing – Partizipation und Demokratie im Alltag. In M. Köttig & D. Röh (Hg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation* (S. 153–161). Opladen: Barbara Budrich.
- Flaake, K. (2014). *Neue Mütter – neue Väter. Eine empirische Studie zu veränderten Geschlechterbeziehungen in Familien*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Fleischer, E., Kröll S. & Meindlhumer, M. (2021). Caring Communities für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Evaluation des Wohnverbundes Hall der Lebenshilfe Tirol. *Soziales kapital*, 25, S. 286–302.
- Fuhrer, U. & Uslucan, H.-H. (Hg.) (2005). *Familie, Akkulturation & Erziehung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Gerlach, I. (2004). *Familienpolitik*. Wiesbaden: Springer.
- Grunow, D., Schulz, F. & Blossfeld, H.-P. (2007). Was erklärt die Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? *Zeitschrift für Soziologie*, 36(3), S. 162–181.
- Hansbauer, P. (2006). Vom Niedergang der Familie und anderen Abgesängen. Anmerkungen zum aktuellen Krisendiskurs aus familiensoziologischer Sicht. *Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe*, 1, S. 18–24.

- Haumann, W. (2010). *Generationen-Barometer 2009*. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach: Monsenstein und Vannerdat.
- Jurczyk, K. & Mückenberger, U. (2021). Sorgerechte Erwerbsbiografien – Geschlechterverhältnisse und soziale Lagen im Optionszeitenmodell. In S. Scherger, R. Abramowski, I. Dingeldey, A. Hokema & A. Schäfer (Hg.), *Geschlechterungleichheiten in Arbeit, Wohlfahrtsstaat und Familie. Festschrift für Karin Gottschall* (S. 191–217). Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Jurczyk, K. & Thiessen, B. (2020). Familie als Care – die Entzauberung der ›Normalfamilie‹. In K. Jurczyk (Hg.), *Un/Doing Family. Konzeptionelle und empirische Weiterentwicklungen* (S. 116–141). Weinheim: Beltz.
- Kaspar, H., Pelzelmayr, K., Schürch, A., Bäumer, F., Ertl, T., Gashi, S., Müller, C., Sereflioglu, T. & Von Holten, K. (2021). Können sorgende Gemeinschaften die häusliche Langzeitversorgung verbessern? (S. 188–190).
- Kemper, A. (2014). Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD. Eine Expertise. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> [Zugriff: 31.08.2024].
- Kessl, F. & Reutlinger, C. (2009). Sozialraumarbeit statt Sozialraumorientierung. URL: <https://www.sozialraum.de/sozialraumarbeit-statt-sozialraumorientierung.php> [Zugriff: 31.08.2024].
- Klie, T. (2014). *Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft*. München: Pattloch.
- Kollender, E. (2020). *Eltern – Schule – Migrationsgesellschaft: Neuformation von rassistischen Ein- und Ausschlüssen in Zeiten neoliberaler Staatlichkeit*. Bielefeld: transcript.
- König, T. (2012). *Familie heißt Arbeit teilen. Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung*. Konstanz: UVK.
- Kronauer, M. (2022). Die Wohnungsfrage als Teil der sozialen Frage. *WSI-Mitteilungen*, 75(3), S. 188–196.
- Kunstmann, A.-C. (2022). Familie: Care, Pflege und Verantwortung. In A. Schierbaum & J. Ecarius (Hg.), *Handbuch Familie. Band II: Erziehung, Bildung und pädagogische Arbeitsfelder* (S. 385–402). Wiesbaden: Springer.
- Lange, A. & Thiessen, B. (2017). Eltern als Bildungsscoaches? Kritische Anmerkungen aus intersektionalen Perspektiven. In K. Jergus, J.-O. Krüger & A. Roch (Hg.), *Elternschaft zwischen Projekt und Projektion. Aktuelle sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Eltern* (S. 273–294). Wiesbaden: Springer.
- Lengersdorf, D. & Meuser, M. (2022). Männlichkeiten zwischen Neujustierung und Wandel? Persistenzen hegemonialer Männlichkeit, In *GENDER*, H.1., S. 102–118.
- Liljeberg, H. & Magdanz, E. (2022). Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen. Unterstützungsbedarfe und Hinweise auf Inklusionshürden. Studie im Auftrag des BMAS. Berlin. URL: https://www.einfach-teilhaben.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/Kindheit_Familie/Elternstudie_BMAS.pdf;jsessionid=5A5A8

- 894DDEC36A7D141C5Do6BBF8C35.internet952?__blob=publicationFile&v=4 [Zugriff: 31.08.2024].
- Lutz, R. (2016). Bilder und Ordnungen. In R. Lutz & C. Rehklau (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Kindheitspädagogik*. Eine Einführung (S. 27–40). Weinheim: Beltz.
- Netzwerk Caring Communities (2022). CC-Förderimpuls. Konzept zur Anschubfinanzierung. URL: https://www.caringcommunities.ch/upload/media/default/99/NCC_Foerderkonzept_de_2022.pdf [Zugriff: 31.08.2024].
- OECD (2011). The Future of Families to 2030. URL: <https://doi.org/10.1787/9789264168367-en>. [Zugriff: 31.08.2024].
- Peltz, K., Streckenbach, L., Müller, D., Possinger, J. & Thiessen, B. (2017). Die Zeit kommt nicht wieder. Elterngeldnutzung erwerbstätiger Väter in Bayern. *Zeitschrift für Familienforschung*, 29(1), S. 114–135.
- Pfau-Effinger, B. (2005). Culture and welfare state policies—Reflections on a complex interrelation. *Journal of Social Policy*, 34(1), S. 1–23.
- Poethko-Müller, C., Kuntz, B., Lampert, T. & Neuhauser, H. (2018). Die allgemeine Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. *Journal of Health Monitoring*, 3(1), S. 8–14.
- Possinger, J. (2013). *Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben*. »Neuen Vätern« auf der Spur. Wiesbaden: Springer.
- Rahab, D. (2018). Einelternfamilien mit behindertem Kind. In Bundesvereinigung Lebenshilfe (Hg.), *Familien unterstützen. Ideen und Praxisbeispiele für Haupt- und Ehrenamtliche* (S. 108–123). Marburg: Lebenshilfe-Verlag.
- Riley, M. & Riley, J. (1994). Structural lag. Past and future. In M. Riley, R. Kahn, A. Foner & K. Mack (Hg.), *Age and structural lag: Society's failure to provide meaningful opportunities in work, family, and leisure* (S. 15–36). New York: John Wiley & Sons.
- Röh, D. (2013). *Soziale Arbeit, Gerechtigkeit und das gute Leben. Eine Handlungstheorie zur daseinsmächtigen Lebensführung*. Wiesbaden: Springer.
- Sachverständigenkommission (2017). Gutachten der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht. Berlin. URL: <https://www.zweiter-gleichstellungsbericht.de/zweiter-gleichstellungsbericht.pdf> [Zugriff: 31.08.2024].
- Sarimski, K. (2010). Mütter mit jungen (schwer) geistig behinderten Kindern. Belastungen, Bewältigungskräfte und Bedürfnisse. *Frühförderung interdisziplinär*, 29(2), S. 62–72.
- Schablon, K.-U. (2016). Community Care. In I. Hedderich, G. Biewer, J. Hollenweger & R. Markowetz (Hg.), *Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik* (S. 538–543). Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Schwinger, A. & Zok, K. (2024). Häusliche Pflege im Fokus. Eigenleistungen, Belastungen und finanzielle Aufwände. *WIdO-Monitor*, 1, S. 1–12.
- Seifert, M. (2014). Mütter, Väter und Großeltern von Kindern mit Behinderung. Herausforderungen – Ressourcen – Zukunftsplanung. In U. Wilken & B. Jeltsch-

- Schudel (Hg.), *Elternarbeit und Behinderung. Empowerment – Inklusion – Wohlbefinden* (S. 25–35). Stuttgart: Kohlhammer.
- Seifert, M. (2022). Familie: Inklusion, Behinderung und Hilfesysteme. In A. Schierbaum & J. Ecarius (Hg.), *Handbuch Familie. Band II: Erziehung, Bildung und pädagogische Arbeitsfelder* (S. 403–421). Wiesbaden: Springer.
- Sempach, R., Steinebach, C., Zängl, P. (Hg.) (2023). *Care schafft Community – Community braucht Care*. Wiesbaden: Springer.
- Sperlich, S., Arnhold-Kerri, S. & Geyer, S. (2011). Soziale Lebenssituation und Gesundheit von Müttern in Deutschland. *Bundesgesundheitsblatt*, 54, S. 735–744.
- Sutterlüty, F. (2022). Gewalt in der Familie. In J. Ecarius & A. Schierbaum (Hg.), *Handbuch Familie. Band I: Gesellschaft, Familienbeziehungen und differentielle Felder* (S. 708–720). Wiesbaden: Springer.
- Szydlík, M. (Hg.) (2007). *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*. Wiesbaden: Springer.
- Thiessen, B. (2015a). Soziale Arbeit und die Care-Krise. Neue Aufgabenfelder zur Initiierung von Caring Communities. *Sozial Extra*, 39(1), S. 36–39.
- Thiessen, B. (2015b). »Gender Trouble« evangelisch. Analyse und Standortbestimmung. In P.-I. Villa & S. Hark (Hg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 149–166). Bielefeld: transcript.
- Thiessen, B. (2017). Gender als vielfältige Kategorie in der Inklusionsforschung. In J. Budde, A. Dlugosch & T. Sturm (Hg.), *(Re-)Konstruktive Inklusionsforschung. Differenzlinien – Handlungsfelder – Empirische Zugänge* (S. 83–98). Opladen: Barbara Budrich.
- Thiessen, B. (2020). Integration, Familie und Gender. In G. Pickel, O. Decker, S. Kailitz, A. Röder & J. Schulze-Wessel (Hg.), *Handbuch Integration* (S. 1–11).
- Tunç, M. (2010). Männlichkeiten in der Migrationsgesellschaft. Fragen, Probleme und Herausforderungen. In H. Prömpfer, M. Jansen, A. Ruffing & H. Nagel (Hg.), *Was macht Migration mit Männlichkeit? Kontexte und Erfahrungen zur Bildung und Sozialen Arbeit mit Migranten* (S. 19–35). Opladen: Barbara Budrich.
- Walter, A. (2020). *Inklusive Erziehungs- und Familienberatung. Familien mit Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung*. Göttingen: V&R.
- Weber, J. (2022). Quo vadis Demokratie und Sozialpolitik? Transformationsprozesse seit 1989/90 in Ungarn und ihre Auswirkungen auf die Profession und Praxis Sozialer Arbeit. In F. Baier, S. Borrmann, J. M. Hefel & B. Thiessen (Hg.), *Europäische Gesellschaften zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Sozialer Arbeit* (S. 97–111). Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Wegleitner, K. (2020). Wider die Kommodifizierung der Sorge. Kritisches Potential der Caring Communities Bewegung? In R. Bucher (Hg.), *Pastoral im Kapitalismus* (S. 375–397). Würzburg: Echter Verlag.

- Wetterer, A. (2005). Rhetorische Modernisierung und institutionelle Reflexivität. Die Diskrepanz zwischen Alltagswissen und Alltagspraxis in arbeitsteiligen Geschlechterarrangements. *Freiburger Frauenstudien*, 11(1), S. 75–96.
- Zerle-Elsäßer, C. & Li, X. (2017). Väter im Familienalltag. Determinanten einer aktiven Vaterschaft. *Zeitschrift für Familienforschung*, 29(1), S. 11–31.
- Zucco, A. & Lott, Y. (2021). Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. *WSI-Report*. Nr. 64, Düsseldorf.

